Bundesrat **Drucksache 632/01**

17. 08. 01

AS

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 18. April 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über Soziale Sicherheit

A. Problem und Ziel

Das Abkommen soll die Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Bereich der Sozialen Sicherheit regeln, soweit die zwischen den beiden Vertragsstaaten geltenden Regelungen der Europäischen Gemeinschaften über Soziale Sicherheit, d.h. insbesondere die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71, keine Anwendung finden. Dies betrifft insbesondere Personen, die nicht unter die EWG-Regelungen fallen, aber nach dem bislang geltenden bilateralen Abkommen über Sozialversicherung vom 29. März 1951 geschützt sind.

Die Durchführungsvereinbarung regelt die Anwendung des Abkommens und der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 im deutsch-niederländischen Verhältnis, insbesondere im Hinblick auf das Erstattungsverfahren zwischen beiden Staaten.

B. Lösung

Grundsätzlich sollen im Verhältnis zwischen Deutschland und den Niederlanden die Regelungen der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 im Bereich der Sozialen Sicherheit auch für Nichterwerbstätige sowie für Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Staates außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums bzw. der Europäischen Union besitzen, entsprechend angewandt werden. Dies dient der Verwaltungsvereinfachung. Das neue Abkommen stellt außerdem für die unter die Regelungen der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 fallenden Personen sicher, dass günstigere Regelungen des bislang geltenden Abkom-

Fristablauf: 28. 09. 01

Druck:
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (02 28) 3 82 08 40, Telefax: (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0720-2946

mens neben dem EU-Recht nicht zur Anwendung kommen. Das bilaterale Abkommen über Sozialversicherung vom 29. März 1951 tritt außer Kraft.

Mit dem vorliegenden Entwurf des Vertragstextes sollen die Übereinkünfte die nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erhalten.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Preisliche Auswirkungen ergeben sich nicht.

2. Vollzugsaufwand

Kein Vollzugsaufwand

E. Sonstige Kosten

Keine

Bundesrat **Drucksache 632/01**

17. 08. 01

AS

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 18. April 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über Soziale Sicherheit

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
022 (311) – 806 06 – Ab 68/01

Berlin, den 17. August 2001

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

> Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 18. April 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über Soziale Sicherheit

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Gerhard Schröder

Fristablauf: 28. 09. 01

Entwurf

Gesetz zu dem Abkommen vom 18. April 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über Soziale Sicherheit

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den folgenden, in Berlin am 18. April 2001 unterzeichneten zwischenstaatlichen Übereinkünften wird zugestimmt:

1. Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über soziale Sicherheit zur Ergänzung gemeinschaftsrechtlicher Regelungen (Abkommen),
2. Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Durchführung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über soziale Sicherheit zur Ergänzung gemeinschaftsrechtlicher Regelungen sowie über die Durchführung der Artikel 20, 36 Absatz 3, 63 Absatz 3 und 70 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 sowie der Artikel 93 Absatz 6, 94 Absatz 6, 95 Absatz 6 und 105 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 (Durchführungsvereinbarung).

Das Abkommen und die Durchführungsvereinbarung werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung nach Maßgabe des Gesetzes vom 17. Mai 1974 über die Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, und der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 (BGBl. I S. 1177), das durch Artikel 106 des EWR-Ausführungsgesetzes vom 27. April 1993 (BGBl. I S. 512) geändert worden ist, Vereinbarungen auf Grund des Abkommens in Kraft zu setzen oder in Ermangelung solcher Vereinbarungen das Nähere zur Durchführung des Abkommens zu regeln. Die Vereinbarungen können auch Änderungen der in Artikel 1 Nr. 2 genannten Durchführungsvereinbarung vorsehen.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 13 und die Durchführungsvereinbarung nach ihrem Artikel 13 in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sich die Übereinkünfte auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit den Übereinkünften das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Mit dieser Vorschrift soll das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung ermächtigt werden, auf dem Wege der Rechtsverordnung alles Erforderliche zur Durchführung des Abkommens zu tun.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem das Abkommen nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens nach ihrem Artikel 13 in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind durch das Abkommen nicht zu erwarten, da zusätzliche Kosten für die Wirtschaft und die vom Abkommen betroffenen Personen bzw. Sozialversicherungsträger nicht entstehen.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über soziale Sicherheit zur Ergänzung gemeinschaftsrechtlicher Regelungen

Verdrag tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden inzake sociale zekerheid ter aanvulling van communautaire regelingen

Die Bundesrepublik Deutschland

und

das Königreich der Niederlande –

in dem Wunsch, die auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit zwischen den Vertragsstaaten neben den Verordnungen (EWG) Nr. 1408/71 und Nr. 574/72 geltenden Regelungen zusammenzufassen und zu ergänzen,

in der Erwägung, dass die geltenden Verfahren für die Inanspruchnahme von Sach- und Geldleistungen im Falle eines Wohnens außerhalb des Hoheitsgebiets des zuständigen Vertragsstaats voneinander abweichen,

in dem Bestreben, auch den nicht unter den persönlichen Geltungsbereich der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 fallenden Personen, die in den Hoheitsgebieten der Vertragsstaaten wohnen und nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Anspruch auf Leistungen der genannten Art haben, gegen das betreffende Risiko einen Schutz zu gewähren, der dem nach der genannten Verordnung gewährten Schutz entspricht –

sind wie folgt übereingekommen:

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

(1) Für die Anwendung dieses Abkommens gelten die Begriffsbestimmungen in Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 über die Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, in der zwischen den beiden Vertragsstaaten jeweils geltenden Fassung (im Folgenden als Verordnung bezeichnet), und in Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 über die Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, in der zwischen den beiden Vertragsstaaten jeweils geltenden Fassung (im Folgenden als Durchführungsverordnung bezeichnet).

(2) Verbindungsstellen sind die in Anhang 4 der Durchführungsverordnung genannten Stellen, soweit nicht in einer Vereinbarung gemäß Artikel 11 etwas anderes bestimmt ist.

De Bondsrepubliek Duitsland

en

het Koninkrijk der Nederlanden

wensende, de op het gebied van de sociale zekerheid tussen de Verdragsluitende Staten naast de Verordeningen (EEG) nr.1408/71 en nr. 574/72 bestaande regelingen samen te vatten en aan te vullen,

overwegende, dat de bestaande procedures voor het verkrijgen van verstrekkingen en uitkeringen in geval van wonen buiten het grondgebied van de bevoegde Verdragsluitende Staat van elkaar afwijken,

verlangende, ook de niet onder de personele werkingssfeer van Verordening (EEG) nr. 1408/71 vallende personen, die op het grondgebied van de Verdragsluitende Staten wonen en die ingevolge de wetgeving van een Verdragsluitende Staat aanspraak kunnen maken op prestaties van genoemde aard, tegen het desbetreffende risico een bescherming te bieden, die overeenkomt met de bescherming die op grond van de genoemde Verordening wordt geboden,

zijn het volgende overeengekomen:

Titel I

Algemene bepalingen

Artikel 1

(1) Voor de toepassing van dit Verdrag gelden de begripsbepalingen van artikel 1 van Verordening (EEG) nr. 1408/71 betreffende de toepassing van de sociale zekerheidsregelingen op werknemers en zelfstandigen, alsmede op hun gezinsleden, die zich binnen de Gemeenschap verplaatsen, in de te eniger tijd tussen de beide Verdragsluitende Staten van kracht zijnde redactie (hierna aangeduid als de Verordening), en van artikel 1 van Verordening (EEG) nr. 574/72 tot vaststelling van de wijze van toepassing van Verordening (EEG) nr. 1408/71 betreffende de toepassing van de sociale zekerheidsregelingen op werknemers en zelfstandigen, alsmede op hun gezinsleden, die zich binnen de Gemeenschap verplaatsen, in de te eniger tijd tussen de beide Verdragsluitende Staten van kracht zijnde redactie (hierna aangeduid als de Toepassingsverordening).

(2) Verbindingsorganen zijn de in Bijlage 4 van de Toepassingsverordening genoemde organen, voorzover niet in een akkoord als bedoeld in artikel 11 iets anders is bepaald.

Artikel 2

Dieses Abkommen gilt für den sachlichen Geltungsbereich der Verordnung. Es gilt nicht für Leistungen des deutschen und des niederländischen Sozialhilferechts.

Artikel 3

(1) Dieses Abkommen gilt für Personen, die vom persönlichen Geltungsbereich der Verordnung erfasst sind.

(2) Dieses Abkommen gilt ferner für folgende Personen, die im Hoheitsgebiet eines der Vertragsstaaten wohnen und die nicht vom persönlichen Geltungsbereich der Verordnung erfasst sind:

a) Personen, für die die Rechtsvorschriften einer oder beider Vertragsstaaten gelten oder galten;

b) Personen, die Familienangehörige oder Hinterbliebene der unter Buchstabe a genannten Personen sind.

Artikel 4

(1) Für die in Artikel 3 Absatz 2 genannten Personen finden im Verhältnis zwischen den Vertragsstaaten die Verordnung, die hierzu ergangene Durchführungsverordnung und die zu ihrer Durchführung getroffenen Vereinbarungen entsprechend Anwendung, soweit es sich um Fälle handelt, an deren Regelung sich ausschließlich die Vertragsstaaten zu beteiligen haben, und soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist.

(2) Absatz 1 findet keine Anwendung auf Leistungen nach Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe h) und Kapitel 7 und 8 der Verordnung. Für Waisenrenten der gesetzlichen Rentenversicherungen an die in Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe b genannten Personen findet Kapitel 3 der Verordnung entsprechend Anwendung.

(3) Für die in Artikel 3 Absatz 2 genannten Personen finden in Bezug auf die Altersrente nach den niederländischen Rechtsvorschriften über die Allgemeine Altersversicherung Kapitel 3 und Anhang VI der Verordnung keine Anwendung.

Artikel 5

(1) Bei Anwendung dieses Abkommens finden die Rechtsvorschriften keine Anwendung, die sich für einen Vertragsstaat aus anderen zwischenstaatlichen Verträgen ergeben oder zu deren Ausführung dienen.

(2) Sind nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats außer den Voraussetzungen für die Anwendung des Abkommens auch die Voraussetzungen für die Anwendung eines anderen Abkommens erfüllt, so lässt der Träger dieses Vertragsstaats bei Anwendung des Abkommens das andere Abkommen unberücksichtigt.

(3) Die Absätze 1 und 2 finden keine Anwendung, soweit die Rechtsvorschriften über soziale Sicherheit, die sich für einen Vertragsstaat aus zwischenstaatlichen Verträgen ergeben oder zu deren Ausführung dienen, Regelungen enthalten, wonach in einem Staat zurückgelegte Versicherungszeiten als in der Versicherung eines anderen Staates zurückgelegt gelten.

Abschnitt II

Besondere Bestimmungen

Artikel 6

Falls die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten vereinbaren, dass die zu erstattenden Beträge für Sachleistungen, die nach Artikel 19 Absatz 2 der Verordnung an Familienangehörige der Grenzgänger gewährt wurden, auf pauschaler Grundlage

Artikel 2

Dit Verdrag is van toepassing op de wetgeving die onder de materiële werkingssfeer van de Verordening valt. Het is niet van toepassing op prestaties ingevolge de Duitse en de Nederlandse bijstandswetgeving.

Artikel 3

(1) Dit Verdrag is van toepassing op personen die onder de personele werkingssfeer van de Verordening vallen.

(2) Dit Verdrag is voorts van toepassing op de volgende personen, die op het grondgebied van een der Verdragsluitende Staten wonen en die niet onder de personele werkingssfeer van de Verordening vallen:

a) personen, op wie de wetgeving van een of van beide Verdragsluitende Staten van toepassing is of is geweest;

b) personen, die gezinslid of nagelaten betrekking zijn van de in letter a) genoemde personen.

Artikel 4

(1) Op de in artikel 3, tweede lid, genoemde personen zijn in de onderlinge betrekkingen tussen de Verdragsluitende Staten de Verordening, de desbetreffende Toepassingsverordening en de tot toepassing daarvan getroffen overeenkomsten van overeenkomstige toepassing, voorzover hierbij sprake is van gevallen, bij de regeling waarvan uitsluitend de Verdragsluitende Staten betrokken dienen te zijn en voorzover in dit Verdrag niet anders is bepaald.

(2) Het eerste lid is niet van toepassing op uitkeringen ingevolge artikel 4, eerste lid, letter h), en Hoofdstuk 7 en 8 van de Verordening. Voor wezenpensioenen ingevolge de wettelijke pensioen- en rentenverzekeringen aan de in artikel 3, tweede lid, letter b) genoemde personen is Hoofdstuk 3 van de Verordening van overeenkomstige toepassing.

(3) Op de in artikel 3, tweede lid, genoemde personen zijn ten aanzien van het ouderdomspensioen krachtens de Nederlandse wetgeving betreffende de algemene ouderdomsverzekering Hoofdstuk 3 en Bijlage VI van de Verordening niet van toepassing.

Artikel 5

(1) Bij toepassing van dit Verdrag zijn bepalingen waaraan een der Verdragsluitende Staten op grond van andere internationale overeenkomsten is gebonden, of bepalingen die dienen tot uitvoering van zodanige overeenkomsten, niet van toepassing.

(2) Wordt volgens de wetgeving van een Verdragssluitende Staat behalve aan de voorwaarden voor de toepassing van dit Verdrag ook voldaan aan de voorwaarden voor toepassing van een ander Verdrag, dan wordt door de uitvoeringsorganen bij toepassing van dit Verdrag het andere Verdrag buiten beschouwing gelaten.

(3) Het eerste en tweede lid vinden geen toepassing, voorzover het bepalingen inzake sociale zekerheid betreft waaraan een der Verdragsluitende Staten op grond van internationale overeenkomsten is gebonden, of die dienen tot uitvoering hiervan, op grond waarvan verzekeringstijdvakken die in een Staat zijn vervuld gelden als zijnde vervuld in een andere Staat.

Titel II

Bijzondere bepalingen

Artikel 6

Indien de bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten overeenkomen dat de te vergoeden bedragen voor verstrekkingen die krachtens artikel 19, tweede lid, van de Verordening aan gezinsleden van grensarbeiders zijn verleend, op basis van

ermittelt werden, ist die Genehmigung nach Artikel 20 der Verordnung vom Träger des Wohnorts zu erteilen.

Artikel 7

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können vereinbaren, dass Artikel 20 der Verordnung entsprechend gilt für andere Gruppen von Versicherten oder für alle Versicherten.

Artikel 8

Deutsche oder niederländische Staatsangehörige, die nicht in einem Staat wohnen, in dem die Verordnung anzuwenden ist, erhalten Renten aus der gesetzlichen Renten- oder Unfallversicherung sowie Erstattung der Heilbehandlungskosten der gesetzlichen Unfallversicherung unter den gleichen Voraussetzungen und in gleichem Umfang wie die eigenen Staatsangehörigen, die in dem dritten Staat wohnen.

Artikel 9

(1) Versicherungszeiten, die von niederländischen Staatsangehörigen zwischen dem 13. Mai 1940 und dem 1. September 1945 auf Grund eines entgeltlichen Beschäftigungsverhältnisses in der deutschen Rentenversicherung der Arbeiter oder in der deutschen Rentenversicherung der Angestellten zurückgelegt worden sind, gelten als in der niederländischen Versicherung für den Fall der Invalidität, des Alters und des Todes zurückgelegt, falls der Arbeitnehmer vor dem 1. September 1945 aus dem Beschäftigungsverhältnis ausgeschieden und bis zum 31. Dezember 1945 in die Niederlande zurückgekehrt ist.

(2) Waren die in Absatz 1 genannten niederländischen Staatsangehörigen vor der Aufnahme ihres Beschäftigungsverhältnisses in Deutschland nicht nach dem niederländischen Invaliditätsgesetz versichert, so gelten sie für die Anwendung des Artikels 75 und des Artikels 76 dieses Gesetzes als mit dem Tag versichert, an dem sie die Beschäftigung in Deutschland aufgenommen haben; dies gilt nur, wenn es für den Berechtigten günstiger ist.

(3) Aus Versicherungszeiten, die nach Absatz 1 als in der niederländischen Versicherung für den Fall der Invalidität, des Alters und des Todes zurückgelegt gelten, können gegen die deutsche Rentenversicherung der Arbeiter und die deutsche Rentenversicherung der Angestellten keine Ansprüche geltend gemacht werden.

(4) Absätze 1 und 3 gelten nicht im Saarland.

Artikel 10

(1) Für die in Artikel 3 Absatz 2 genannten Personen stellt der zuständige niederländische Träger die Altersrente unmittelbar und ausschließlich unter Berücksichtigung der Versicherungszeiten fest, die nach den Rechtsvorschriften über die allgemeine Altersversicherung (AOW) zurückgelegt worden sind.

(2) Vorbehaltlich des Absatzes 3 werden als Versicherungszeiten Kalenderjahre oder Teile von Kalenderjahren vor dem 1. Januar 1957 berücksichtigt, in denen die in Artikel 3 Absatz 2 genannten Personen, die die Voraussetzungen nicht erfüllen, unter denen diese Zeiten berücksichtigt werden können, zwischen dem vollendeten 15. und dem vollendeten 65. Lebensjahr in den Niederlanden gewohnt haben oder in denen sie zwar in der Bundesrepublik Deutschland gewohnt haben, aber in den Niederlanden eine entlohnte Tätigkeit im Dienst eines in diesem Vertragsstaat ansässigen Arbeitgebers ausgeübt haben.

(3) Zeiten nach Absatz 2 werden bei der Berechnung der Altersrente nur berücksichtigt, wenn der Betroffene versichert gewesen ist im Sinne des Artikels 6 der Allgemeinen Altersversicherung (AOW) und wenn er nach dem vollendeten 59. Lebensjahr mindestens sechs Jahre im Hoheitsgebiet eines oder beider

een vast bedrag worden vergoed, dient de toestemming krachtens artikel 20 van de Verordening door het orgaan van de woonplaats te worden verleend.

Artikel 7

De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten kunnen overeenkomen dat artikel 20 van de Verordening van overeenkomstige toepassing is voor andere groepen van verzekerden of voor alle verzekerden.

Artikel 8

Duitse of Nederlandse onderdanen, die niet in een staat wonen waarin de Verordening dient te worden toegepast, hebben recht op een pensioen of rente ingevolge de wettelijke pensioen-, renten- of ongevallenverzekering, alsmede op vergoeding van de medische kosten ingevolge de wettelijke ongevallenverzekering onder dezelfde voorwaarden en in dezelfde omvang als de eigen onderdanen, die in die derde staat wonen.

Artikel 9

(1) Verzekeringstijdvakken, die door Nederlandse onderdanen tussen 13 mei 1940 en 1 september 1945 op grond van een tewerkstelling tegen beloning in de Duitse rentenverzekering voor arbeiders of in de Duitse rentenverzekering voor bedienden zijn vervuld, gelden als vervuld voor de Nederlandse verzekering tegen geldelijke gevolgen van invaliditeit, ouderdom en overlijden, indien de werknemer vóór 1 september 1945 zijn werkzaamheden heeft beëindigd en uiterlijk 31 december 1945 in Nederland is teruggekeerd.

(2) Indien de in het eerste lid bedoelde Nederlandse onderdanen vóór de aanvang van hun tewerkstelling in Duitsland niet ingevolge de Nederlandse Invaliditeitswet verzekerd waren, worden zij voor de toepassing van de artikelen 75 en 76 van die wet als verzekerd beschouwd vanaf de dag, waarop zij in Duitsland tewerkgesteld werden; deze bepaling geldt slechts, indien het voor de rechthebbende voordeliger is.

(3) Op grond van verzekeringstijdvakken, die ingevolge het eerste lid als vervuld gelden voor de Nederlandse verzekering tegen geldelijke gevolgen van invaliditeit, ouderdom en overlijden kunnen geen aanspraken worden ontleend aan de Duitse rentenverzekering voor arbeiders en de Duitse rentenverzekering voor bedienden.

(4) Het eerste en het derde lid zijn niet van toepassing voor het Saarland.

Artikel 10

(1) Voor de in artikel 3, tweede lid, genoemde personen stelt het Nederlandse bevoegde orgaan het ouderdomspensioen rechtstreeks en uitsluitend vast op basis van de tijdvakken van verzekering die krachtens de wetgeving betreffende de algemene ouderdomsverzekering (AOW) zijn vervuld.

(2) Onder voorbehoud van het bepaalde in het derde lid worden als verzekeringstijdvakken in aanmerking genomen kalenderjaren of delen van kalenderjaren welke vóór 1 januari 1957 zijn gelegen, gedurende welke de in artikel 3, tweede lid, genoemde personen, die niet voldoen aan de voorwaarden op grond waarvan deze tijdvakken in aanmerking kunnen worden genomen, voor zover deze personen tussen het 15e en 65e levensjaar in Nederland hebben gewoond of gedurende welke zij weliswaar in de Bondsrepubliek Duitsland hebben gewoond, maar in Nederland arbeid hebben verricht in dienst van een in deze Verdragsluitende Staat gevestigde werkgever.

(3) De in het tweede lid bedoelde tijdvakken worden voor de berekening van het ouderdomspensioen alleen in aanmerking genomen indien de betrokken persoon verzekerd is geweest in de zin van artikel 6 van de Algemene Ouderdomswet (AOW) en hij na het bereiken van de 59-jarige leeftijd gedurende zes jaren

Vertragsstaaten gewohnt hat und nur solange er im Hoheitsgebiet eines oder beider Vertragsstaaten wohnt. Diese Zeiten bleiben jedoch außer Betracht, wenn sie mit Zeiten zusammenfallen, die bei der Berechnung von Altersrenten nach den Rechtsvorschriften eines anderen Staates als den Niederlanden schon berücksichtigt werden können.

(4) Abweichend von den Bestimmungen des Anhangs VI der Verordnung in Bezug auf die Anwendung der niederländischen Rechtsvorschriften über die Hinterbliebenenversicherung beziehungsweise über die Arbeitsunfähigkeitsversicherung gelten die in Artikel 3 Absatz 2 genannten Personen, die nicht länger kraft der niederländischen Rechtsvorschriften über die Hinterbliebenenversicherung beziehungsweise über die Arbeitsunfähigkeitsversicherung versichert sind, bei Eintritt des Versicherungsfalls für die Durchführung der Bestimmungen des Titels III Kapitel 3 der Verordnung nur noch als versichert nach diesen Rechtsvorschriften, falls sie nach den deutschen Rechtsvorschriften gegen das gleiche Risiko versichert sind oder, wenn dies nicht der Fall ist, falls nach den deutschen Rechtsvorschriften für das gleiche Risiko eine Leistung geschuldet wird.

Artikel 11

Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten treffen die zur Anwendung dieses Abkommens erforderlichen Vereinbarungen. Sie können insbesondere vereinbaren, dass zur Erleichterung der Durchführung dieses Abkommens beiderseits Verbindungsstellen errichtet werden, die unmittelbar miteinander verkehren.

Abschnitt III

Schlussbestimmungen

Artikel 12

Ansprüche von Personen, deren Rente vor Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt worden ist, werden nicht neu festgestellt. Für Ansprüche, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens noch nicht festgestellt sind, erfolgt eine Feststellung auch für Zeiten vor dem Inkrafttreten des Abkommens ausschließlich nach den Vorschriften dieses Abkommens.

Artikel 13

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am 1. Januar des Jahres in Kraft, das dem Jahr folgt, in dem die beiden Vertragsstaaten die Ratifikationsurkunden ausgetauscht haben. Artikel 8 und 9 treten jedoch erst mit Aufnahme in Anhang III A und B der Verordnung in Kraft.

(3) Dieses Abkommen wird für die Dauer eines Jahres geschlossen. Danach verlängert sich die Geltungsdauer stillschweigend um jeweils ein weiteres Jahr, sofern das Abkommen nicht von einem Vertragsstaat spätestens drei Monate vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer auf diplomatischem Wege schriftlich gekündigt wird. Maßgebend für die Berechnung der Frist ist der Tag des Eingangs der Kündigung beim anderen Vertragsstaat.

Artikel 14

(1) Mit dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens treten außer Kraft:

- das Abkommen vom 29. März 1951 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über Sozialversicherung;
- die Zweite Zusatzvereinbarung vom 29. März 1951 zum Abkommen über Sozialversicherung über die Versicherung für Bergleute und ihnen Gleichgestellte;

op het grondgebied van een of van beide Verdragsluitende Staten heeft gewoond en slechts zolang hij op het grondgebied van een van beide Verdragsluitende Staten woont. Deze tijdvakken worden evenwel niet in aanmerking genomen indien zij samenvallen met tijdvakken die voor de berekening van een ouderdomspensioen krachtens de wetgeving van een andere staat dan Nederland reeds in aanmerking kunnen worden genomen.

(4) In afwijking van de bepalingen van Bijlage VI van de Verordening inzake de toepassing van de Nederlandse wetgeving betreffende de nabestaandenverzekering respectievelijk de arbeidsongeschiktheidsverzekering, worden de in artikel 3, tweede lid, genoemde personen, die niet meer krachtens de Nederlandse wetgeving inzake de nabestaandenverzekering respectievelijk inzake de arbeidsongeschiktheidsverzekering verzekerd zijn, met het oog op de toepassing van Titel III, hoofdstuk 3, van de Verordening, op het tijdstip waarop de verzekerde gebeurtenis zich voordoet nog slechts geacht ingevolge deze wetgeving verzekerd te zijn, indien zij ingevolge de Duitse wetgeving wegens hetzelfde risico verzekerd zijn of, indien zulks niet het geval is, een uitkering krachtens de Duitse wetgeving wegens hetzelfde risico verschuldigd is.

Artikel 11

De bevoegde autoriteiten van beide Verdragsluitende Staten stellen de akkoorden vast die voor de uitvoering van dit Verdrag nodig zijn. Zij kunnen in het bijzonder overeenkomen, dat, teneinde de uitvoering van dit Verdrag te vergemakkelijken, van beide zijden verbindingsorganen worden ingesteld, die rechtstreeks in contact met elkaar staan.

Titel III

Slotbepalingen

Artikel 12

Aanspraken van personen, van wie het pensioen of de rente vóór de inwerkingtreding van dit Verdrag is vastgesteld, worden niet opnieuw vastgesteld. Voor aanspraken die op het tijdstip van inwerkingtreding van het Verdrag nog niet zijn vastgesteld, volgt vaststelling ook voor tijdvakken die liggen vóór de inwerkingtreding van het Verdrag uitsluitend volgens de bepalingen van dit Verdrag.

Artikel 13

(1) Dit Verdrag dient te worden bekrachtigd. De akten van bekrachtiging worden zo spoedig mogelijk uitgewisseld.

(2) Dit Verdrag treedt in werking op de eerste januari van het jaar volgend op het jaar, waarin de beide Verdragsluitende Staten de akten van bekrachtiging hebben uitgewisseld. De artikelen 8 en 9 treden echter eerst in werking op het tijdstip van opneming ervan in Bijlage III A en B van de Verordening.

(3) Dit Verdrag wordt voor de duur van een jaar gesloten. Daarna wordt de geldigheidsduur stilzwijgend telkens voor een jaar verlengd, voorzover het Verdrag niet door een Verdragsluitende Staat uiterlijk drie maanden voor het einde van de lopende geldigheidsduur via diplomatieke kanalen schriftelijk wordt opgezegd. Voor de berekening van de termijn is de datum waarop de opzegging wordt ontvangen door de andere Verdragsluitende Staat bepalend.

Artikel 14

(1) Op de dag van inwerkingtreding van dit Verdrag treden buiten werking:

- het Verdrag van 29 maart 1951 tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden inzake sociale verzekering;
- de Tweede Aanvullende Overeenkomst van 29 maart 1951 bij het Verdrag inzake sociale verzekering, betreffende de verzekering van mijnwerkers en de met dezen gelijkgestelden;

- die Vereinbarung vom 27. November 1956 über die Einbeziehung des Landes Berlin in das deutsch-niederländische Abkommen über Sozialversicherung vom 29. März 1951;
- die Fünfte Zusatzvereinbarung vom 21. Dezember 1956 zum Abkommen über Sozialversicherung über die Zahlung von Renten für die Zeit vor dem Inkrafttreten des Abkommens;
- die Sechste Zusatzvereinbarung vom 24. Mai 1965 zum Abkommen über Sozialversicherung über die Altershilfe für Landwirte;
- die Vereinbarung vom 9. März 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Anwendung der niederländischen Rechtsvorschriften über die allgemeine Altersversicherung;
- die Vereinbarung vom 27. Juni 1963 zwischen den zuständigen deutschen und niederländischen Behörden zur Durchführung der Artikel 73 Absatz 4, 74 Absatz 5 und 75 Absatz 3 der Verordnung Nr. 4 des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer;
- das Abkommen vom 3. September 1969 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über den Verzicht auf die in Artikel 14 Absatz 2 der EWG-Verordnung Nr. 36/63 vorgesehene Erstattung von Aufwendungen für Sachleistungen, welche bei Krankheit an Rentenberechtigte, die ehemalige Grenzgänger oder Hinterbliebene eines Grenzgängers sind, sowie deren Familienangehörige gewährt wurden;
- das Abkommen vom 22. Juli 1976 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über den Verzicht auf die Erstattung von Leistungen an Arbeitslose;
- das Abkommen vom 1. Oktober 1981 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Bestimmung der Erstattungsbeträge für Sachleistungen aus der Versicherung für den Fall der Krankheit und Mutterschaft auf Grund der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der Sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern;
- das Abkommen vom 15. Februar 1982 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Durchführung des Artikels 20 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 bei Familienangehörigen von Grenzgängern.

(2) Die Vierte Zusatzvereinbarung vom 21. Dezember 1956 tritt an dem Tag außer Kraft, an dem die Artikel 8 und 9 in Kraft treten.

- de Overeenkomst van 27 november 1956 tot toepasselijkverklaring op het „Land" Berlijn van het Duits-Nederlands Verdrag van 29 maart 1951 inzake sociale verzekering;
- de Vijfde Aanvullende Overeenkomst van 21 december 1956 bij het Verdrag inzake sociale verzekering, betreffende de betaling van renten over de tijd vóór het in werking treden van het Verdrag;
- de Zesde Aanvullende Overeenkomst van 24 mei 1965 bij het Verdrag inzake sociale verzekering, inzake de ouderdomsvoorziening van landbouwers;
- de Overeenkomst van 9 maart 1961 tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden betreffende de toepassing van de Nederlandse wetgeving inzake de algemene ouderdomsverzekering;
- de Overeenkomst van 27 juni 1963 tussen de bevoegde Duitse en Nederlandse autoriteiten betreffende de toepassing van artikel 73, vierde lid, artikel 74, vijfde lid, en artikel 75, derde lid, van Verordening nr. 4 van de Raad van de Europese Gemeenschap inzake de sociale zekerheid van migrerende werknemers;
- de Overeenkomst van 3 september 1969 tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden betreffende het afzien van de in artikel 14, tweede lid, van EEG-Verordening nr. 36/63 voorziene vergoeding van uitgaven voor verstrekkingen, die aan gepensioneerde oud-grensarbeiders, aan nagelaten betrekkingen van grensarbeiders, alsmede aan hun gezinsleden bij ziekte zijn verleend;
- de Overeenkomst van 22 juli 1976 tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden betreffende het afzien van vergoeding van uitkeringen aan werklozen;
- de Overeenkomst van 1 oktober 1981 tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden betreffende de vaststelling van de vergoeding van verstrekkingen van de ziekte- en moederschapsverzekering op grond van Verordening (EEG) nr. 1408/71 van de Raad van 14 juni 1971 betreffende de toepassing van de sociale zekerheidsregelingen op loontrekkenden en hun gezinnen, die zich binnen de Gemeenschap verplaatsen;
- de Overeenkomst van 15 februari 1982 tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden inzake de toepassing van artikel 20 van de Verordening (EEG) nr. 1408/71 voor gezinsleden van grensarbeiders.

(2) De Vierde Aanvullende Overeenkomst van 21 december 1956, treedt buiten werking op de dag, waarop de artikelen 8 en 9 in werking treden.

Geschehen zu Berlin am 18. April 2001 in zwei Urschriften, jede in deutscher und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Gedaan te Berlijn op 18 april 2001 in tweevoud, elk in de Duitse en de Nederlandse taal, zijnde beide teksten gelijkelijk authentiek.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Voor de Bondsrepubliek Duitsland
G. Westdickenberg

Für das Königreich der Niederlande
Voor het Koninkrijk der Nederlanden
N. van Dam

Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Durchführung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über soziale Sicherheit zur Ergänzung gemeinschaftsrechtlicher Regelungen sowie über die Durchführung der Artikel 20, 36 Absatz 3, 63 Absatz 3 und 70 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 sowie der Artikel 93 Absatz 6, 94 Absatz 6, 95 Absatz 6 und 105 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72

Akkoord tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden betreffende de toepassing van het Verdrag tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden inzake sociale zekerheid ter aanvulling van communautaire regelingen, alsmede betreffende de toepassing van de artikelen 20, 36, derde lid, 63, derde lid en 70, derde lid van Verordening (EEG) nr. 1408/71 en van de artikelen 93, zesde lid, 94, zesde lid, 95, zesde lid en 105, tweede lid van Verordening (EEG) nr. 574/72

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung des Königreichs der Niederlande –

aufgrund des Artikels 11 des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über soziale Sicherheit zur Ergänzung gemeinschaftsrechtlicher Regelungen vom 18. April 2001 – im Folgenden als Abkommen bezeichnet – und aufgrund der Artikel 20, 36 Absatz 3, 63 Absatz 3 und 70 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 und der Artikel 93 Absatz 6, 94 Absatz 6, 95 Absatz 6 und 105 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72,

in dem Wunsch, die auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit zwischen den Vertragsparteien neben den Verordnungen (EWG) Nr. 1408/71 und Nr. 574/72 geltenden Regelungen zusammenzufassen und zu ergänzen,

in dem Wunsch, durch die Vereinheitlichung der Anspruchs-, Erstattungs- und Durchführungsverfahren die Verwaltungsarbeit der deutschen und niederländischen Versicherungsträger zu vereinfachen und die betroffenen Personen überschaubarer über ihre Rechte und Pflichten zu unterrichten,

in der Erwägung, dass die Abrechnung und Erstattung für aushilfsweise erbrachte Sach- und Geldleistungen den in beiden Vertragsparteien geltenden Regelungen angepasst werden müssen –

sind wie folgt übereingekommen:

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Für die Anwendung dieser Vereinbarung gelten die Begriffsbestimmungen in Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 über die Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, in der zwischen den beiden Vertragsparteien jeweils geltenden Fassung (im Folgenden als Verordnung bezeichnet) und in Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 über die Anwendung der Sys-

De Regering van de Bondsrepubliek Duitsland

en

de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden

op grond van artikel 11 van het Verdrag tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden inzake sociale zekerheid ter aanvulling van communautaire regelingen van 18 april 2001, – hierna aangeduid als het Verdrag – en op grond van de artikelen 20, 36, derde lid, 63, derde lid en 70 van Verordening (EEG) nr. 1408/71 en de artikelen 93, zesde lid, 94, zesde lid, 95, zesde lid en 105, tweede lid van Verordening (EEG) nr. 574/72,

wensende, de op het gebied van de sociale zekerheid tussen de Verdragsluitende Partijen naast de Verordeningen (EEG) nr. 1408/71 en nr. 574/72 geldende regelingen samen te vatten en aan te vullen,

wensende, door uniformering van de procedures inzake toekenning, vergoeding en uitvoering van de administratieve werkzaamheden van de Duitse en Nederlandse verzekeringsorganen te vereenvoudigen en de betrokken personen overzichtelijkere informatie over hun rechten en verplichtingen te verstrekken,

overwegende, dat afrekening en vergoeding van verleende verstrekkingen en uitkeringen dienen te worden aangepast aan de in de Verdragsluitende Partijen geldende regelingen,

zijn het volgende overeengekomen:

Titel I

Algemene bepalingen

Artikel 1

Voor de toepassing van dit Akkoord gelden de begripsbepalingen van artikel 1 van Verordening (EEG) nr. 1408/71 betreffende de toepassing van de sociale zekerheidsregelingen op werknemers en zelfstandigen, alsmede op hun gezinsleden, die zich binnen de Gemeenschap verplaatsen, in de te eniger tijd tussen de beide Verdragsluitende Partijen van kracht zijnde redactie (hierna aangeduid als Verordening), en van artikel 1 van Verordening (EEG) nr. 574/72 tot vaststelling van de wijze van toepassing van Verordening (EEG) nr. 1408/71 betreffende de toepassing

teme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, in der zwischen den beiden Vertragsparteien jeweils geltenden Fassung (im Folgenden als Durchführungsverordnung bezeichnet).

Abschnitt II

Erstattung zwischen den Trägern

Artikel 2

(1) Abweichend von Artikel 93 der Durchführungsverordnung erstattet der zuständige niederländische Träger die Kosten für Sachleistungen, die den in der Bundesrepublik Deutschland wohnhaften Grenzgängern und ihren Familienangehörigen nach Artikel 19 und Artikel 52 der Verordnung erbracht werden, auf der Grundlage eines Pauschbetrages, der nach den durchschnittlichen jährlichen Aufwendungen des aushelfenden Trägers je Person ermittelt wird.

(2) Absatz 1 findet keine Anwendung für Kosten, die deutschen Trägern durch die Erbringung von Sachleistungen wegen Pflegebedürftigkeit nach dem Sozialgesetzbuch XI entstehen.

Artikel 3

Abweichend von Artikel 93 der Durchführungsverordnung erstattet der zuständige deutsche Träger die Kosten der Sachleistungen, die

a) den in den Niederlanden wohnenden Grenzgängern und ihren Familienangehörigen nach Artikel 19 und Artikel 52 der Verordnung erbracht werden, auf der Grundlage eines Pauschbetrages, der ermittelt wird nach

   - den durchschnittlichen jährlichen Aufwendungen des aushelfenden Trägers je Person unter 65 Jahren für die Sachleistungen infolge des Krankenkassengesetzes (Ziekenfondswet) und
   - den Jahresdurchschnittskosten je Person unter 65 Jahren auf Landesebene für die Sachleistungen infolge des Allgemeinen Gesetzes Besondere Krankheitskosten (AWBZ).

   Bei der Berechnung der durchschnittlichen Aufwendungen für Sachleistungen infolge des AWBZ wird ein Betrag in Höhe von 50 v.H. des für das jeweilige Jahr geltenden Staatszuschusses AWBZ außer Betracht gelassen;

b) den in den Niederlanden wohnenden Familienangehörigen von ebenfalls in den Niederlanden wohnenden Seeleuten nach Artikel 19 Absatz 2 der Verordnung erbracht werden, auf der Grundlage eines Pauschbetrages in Höhe von 80 v.H. der Jahresdurchschnittskosten je Person;

c) den in den Niederlanden wohnenden Rentenantragstellern, deren Familienangehörigen oder Hinterbliebenen nach Artikel 26 der Verordnung erbracht werden, auf der Grundlage eines Pauschbetrages in Höhe von 80 v. H. der Jahresdurchschnittskosten je Person;

d) den in den Niederlanden wohnenden Familienangehörigen eines Rentners nach Artikel 29 Absatz 1 der Verordnung erbracht werden, auf der Grundlage eines Pauschbetrages in Höhe von 80 v.H. der Jahresdurchschnittskosten je Person;

e) den in den Niederlanden wohnenden Familienangehörigen eines Arbeitslosen nach Artikel 25 Absatz 3 der Verordnung erbracht werden, auf der Grundlage eines Pauschbetrages in Höhe von 80 v.H. der Jahresdurchschnittskosten je Person.

Artikel 4

Der Träger des Wohnorts erstattet dem zuständigen Träger die Aufwendungen für Sachleistungen, die dieser in den Fällen des Artikels 20 und des Artikels 53 der Verordnung erbringt, in Höhe

van de sociale zekerheidsregelingen op werknemers en zelfstandigen, alsmede op hun gezinsleden, die zich binnen de Gemeenschap verplaatsen, in de te eniger tijd tussen de beide Verdragsluitende Partijen van kracht zijnde redactie (hierna aangeduid als Toepassingsverordening).

Titel II

Vergoeding tussen de organen

Artikel 2

(1) In afwijking van artikel 93 van de Toepassingsverordening vergoedt het bevoegde Nederlandse orgaan de kosten van verstrekkingen die aan de in de Bondsrepubliek Duitsland wonende grensarbeiders en hun gezinsleden krachtens artikel 19 en artikel 52 van de Verordening worden verleend, op basis van een vast bedrag dat berekend wordt aan de hand van de gemiddelde jaarlijkse uitgaven per persoon van het orgaan dat genoemde verstrekkingen heeft verleend.

(2) Het eerste lid vindt geen toepassing ten aanzien van kosten die voor de Duitse organen als gevolg van het verlenen van verstrekkingen wegens zorgbehoevendheid ingevolge het „Sozialgesetzbuch XI" ontstaan.

Artikel 3

In afwijking van artikel 93 van de Toepassingsverordening vergoedt het bevoegde Duitse orgaan de kosten van verstrekkingen, die aan

a) de in Nederland wonende grensarbeiders en hun gezinsleden krachtens artikel 19 en artikel 52 van de Verordening worden verleend, op basis van een vast bedrag dat berekend wordt aan de hand van:

   - de gemiddelde jaarlijkse uitgaven per persoon jonger dan 65 jaar voor verstrekkingen ingevolge de Ziekenfondswet van het orgaan dat de verstrekkingen heeft verleend en
   - de landelijke jaarlijkse gemiddelde uitgaven per persoon jonger dan 65 jaar voor verstrekkingen ingevolge de Algemene Wet Bijzondere Ziektekosten (AWBZ).

   Bij de berekening van de gemiddelde uitgaven voor verstrekkingen ingevolge de AWBZ wordt een bedrag ter grootte van 50% van de voor het desbetreffende jaar geldende Rijksbijdrage AWBZ buiten beschouwing gelaten;

b) de in Nederland wonende gezinsleden van eveneens in Nederland wonende zeelieden krachtens artikel 19, tweede lid van de Verordening worden verleend, op basis van een vast bedrag ter grootte van 80% van de gemiddelde jaarlijkse kosten per persoon;

c) de in Nederland wonende aanvragers van een pensioen of rente, hun gezinsleden of nagelaten betrekkingen krachtens artikel 26 van de Verordening worden verleend, op basis van een vast bedrag ter grootte van 80% van de gemiddelde jaarlijkse kosten per persoon;

d) de in Nederland wonende gezinsleden van een rechthebbende op een pensioen of rente krachtens artikel 29, eerste lid van de Verordening worden verleend, op basis van een vast bedrag ter grootte van 80% van de gemiddelde jaarlijkse kosten per persoon;

e) de in Nederland wonende gezinsleden van een werkloze krachtens artikel 25, derde lid van de Verordening worden verleend, op basis van een vast bedrag ter grootte van 80% van de gemiddelde jaarlijkse kosten per persoon.

Artikel 4

Het orgaan van de woonplaats vergoedt aan het bevoegde orgaan de uitgaven voor verstrekkingen, die dit orgaan in de gevallen van artikel 20 en van artikel 53 van de Verordening

des tatsächlichen Betrages, der sich aus der Rechnungsführung dieses Trägers ergibt.

Artikel 5

Sachleistungen, die den in Artikel 2 und Artikel 3 genannten Personen außerhalb des Hoheitsgebietes der Vertragspartei, in dem sie ihren Wohnsitz haben, erbracht werden, gehen zu Lasten des Trägers des Wohnorts. Dieser Träger gilt als zuständiger Träger.

Artikel 6

Abweichend von Artikel 94 Absatz 1 der Durchführungsverordnung erstattet der zuständige niederländische Träger die Kosten der Sachleistungen, die den in der Bundesrepublik Deutschland wohnenden Familienangehörigen aufgrund des Artikels 19 Absatz 2 der Verordnung erbracht werden, in Höhe des tatsächlichen Betrages, der sich aus der Rechnungsführung des deutschen Trägers ergibt.

Artikel 7

Abweichend von Artikel 94 Absätze 2 bis 4 der Durchführungsverordnung erstattet der zuständige deutsche Träger die Kosten für Sachleistungen, die aufgrund des Artikels 19 Absatz 2 der Verordnung den in den Niederlanden wohnenden Familienangehörigen erbracht werden, in Höhe von 80 v.H. der Jahresdurchschnittskosten je Person.

Artikel 8

Bei Anwendung von Artikel 95 Absätze 2 bis 4 der Durchführungsverordnung wird für die in den Niederlanden wohnenden Personen unter 65 Jahren und von 65 Jahren und älter jeweils ein getrennter Pauschbetrag ermittelt.

Abschnitt III

Verschiedene Bestimmungen

Artikel 9

(1) Die Leistungen der Rentenversicherung der einen Vertragspartei werden an Berechtigte in dem anderen Vertragsstaat von den Verbindungsstellen dieser Vertragspartei im Auftrag der für den verpflichteten Versicherungsträger zuständigen Verbindungsstelle gezahlt. Als Verbindungsstellen im Sinne dieses Absatzes werden bestimmt:

in der Bundesrepublik Deutschland

a) die Landesversicherungsanstalt Westfalen in Münster,

b) für Renten der Bergleute die Bundesknappschaft in Bochum;

im Königreich der Niederlande

die „Stichting Bureau voor Duitse Zaken" in Nijmegen.

(2) Die Leistungen der Unfallversicherung werden vom zuständigen Träger über die deutsche Verbindungsstelle der Unfallversicherung nach dem in Absatz 1 festgelegten Verfahren gezahlt.

(3) Die nach Absatz 1 zu zahlenden Beträge werden monatlich gegenseitig verrechnet. Der hiernach zu Lasten der gesamten Sozialversicherung der einen oder anderen Vertragspartei verbleibende Spitzbetrag wird monatlich ausgeglichen.

(4) Die Leistungen werden den Berechtigten ohne Abzug von Verwaltungs- und Überweisungskosten ausgezahlt.

Artikel 10

Die zur Durchführung dieser Vereinbarung erforderlichen zusätzlichen Verwaltungsmaßnahmen werden von den betroffenen

verleent, op basis van het werkelijke bedrag zoals dit uit de boekhouding van laatstgenoemd orgaan blijkt.

Artikel 5

Verstrekkingen, die aan de in artikel 2 en artikel 3 genoemde personen buiten het grondgebied van de Verdragsluitende Partij waar zij wonen, worden verleend, zijn voor rekening van het orgaan van de woonplaats. Dit orgaan geldt als het bevoegde orgaan.

Artikel 6

In afwijking van artikel 94, eerste lid van de Toepassingsverordening vergoedt het bevoegde Nederlandse orgaan de kosten van de verstrekkingen die aan de in de Bondsrepubliek Duitsland wonende gezinsleden krachtens artikel 19, tweede lid van de Verordening worden verleend, op basis van het werkelijke bedrag, zoals dit uit de boekhouding van het Duitse orgaan blijkt.

Artikel 7

In afwijking van artikel 94, tweede tot en met het vierde lid van de Toepassingsverordening vergoedt het bevoegde Duitse orgaan de kosten van verstrekkingen, die aan in Nederland wonende gezinsleden worden verleend krachtens artikel 19, tweede lid van de Verordening, op basis van 80% van de gemiddelde jaarlijkse kosten per persoon.

Artikel 8

Voor de toepassing van artikel 95, tweede tot en met het vierde lid van de Toepassingsverordening wordt voor de in Nederland wonende personen jonger dan 65 jaar en voor die van 65 jaar en ouder telkens een afzonderlijk vast bedrag berekend.

Titel III

Diverse bepalingen

Artikel 9

(1) Uitkeringen ingevolge de pensioen- of rentenverzekering van een der Verdragsluitende Partijen worden aan rechthebbenden, verblijvend in de andere Verdragsluitende Partij, uitbetaald door de verbindingsorganen van laatstbedoelde Partij in opdracht van het verbindingsorgaan dat bevoegd is voor het orgaan dat tot uitkering verplicht is. Als verbindingsorgaan in de zin van dit lid worden aangewezen:

in de Bondsrepubliek Duitsland

a) de „Landesversicherungsanstalt Westfalen" in Münster

b) voor pensioenen van mijnwerkers de „Bundesknappschaft" in Bochum.

in het Koninkrijk der Nederlanden

de „Stichting Bureau voor Duitse Zaken" in Nijmegen.

(2) De uitkeringen van de ongevallenverzekering worden door het bevoegde orgaan uitbetaald via het Duitse verbindingsorgaan van de ongevallenverzekering volgens de in het eerste lid beschreven procedure.

(3) De volgens het eerste lid uit te betalen bedragen worden maandelijks verrekend. Het verschil dat hierna ten laste blijft van de gezamenlijke sociale verzekeringsorganen van een der Verdragsluitende Partijen wordt maandelijks vereffend.

(4) De uitkeringen worden aan de rechthebbenden uitbetaald zonder aftrek van enige kosten voor administratie of overmaking.

Artikel 10

De aanvullende administratieve regelingen die voor de toepassing van dit Akkoord noodzakelijk zijn worden door de desbetref-

Verbindungsstellen mit Genehmigung der zuständigen Behörden vereinbart.

Artikel 11

Die deutschen und die niederländischen Träger der Rentenversicherung, der Arbeitslosenversicherung und im Bereich der Familienbeihilfen verzichten gegenseitig auf die Erstattung der in Artikel 105 Absatz 1 der Durchführungsverordnung genannten Kosten der verwaltungsmäßigen Kontrolle sowie der ärztlichen Untersuchungen, Beobachtungen, Fahrten der Ärzte und Prüfungen aller Art.

Artikel 12

Die deutschen und niederländischen Träger verzichten gegenseitig auf die Kostenerstattung für Leistungen, die ein Träger der Arbeitslosenversicherung einer der beiden Vertragsparteien Arbeitslosen zu Lasten eines Trägers der anderen Vertragspartei nach Artikel 70 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 69 der Verordnung erbracht hat. Wenn Anlass zu der Annahme besteht, dass ein Unterschied im gegenseitigen Kostenaufwand entstanden ist, werden die zuständigen Behörden ermächtigt zu vereinbaren, dass die Kosten nach den Bestimmungen der Verordnung abgerechnet werden.

Abschnitt IV

Schlussbestimmungen

Artikel 13

Diese Vereinbarung tritt gleichzeitig mit dem Abkommen in Kraft, Artikel 9 jedoch erst mit Aufnahme in Anhang 5 der Durchführungsverordnung. Sie bleibt in Kraft, solange das Abkommen in Kraft ist.

Artikel 14

Mit dem Tage des Inkrafttretens dieser Vereinbarung treten außer Kraft:

- die Erste Verwaltungsvereinbarung vom 18. Juni 1954 zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über Sozialversicherung, mit Ausnahme der Artikel 17, 18, 19 und 21, die bis zum Inkrafttreten des Artikels 9 dieser Vereinbarung weitergelten;
- die Zweite Verwaltungsvereinbarung vom 10. Januar 1956 zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über Sozialversicherung;
- die Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister für Soziale Angelegenheiten und Volksgesundheit des Königreichs der Niederlande vom 27. Mai 1964 über den Verzicht auf Erstattung von Kosten der verwaltungsmäßigen und ärztlichen Kontrolle in der Versicherung für den Fall der Invalidität, des Alters und des Todes (Rentenversicherungen).

Geschehen zu Berlin am 18. April 2001 in zwei Urschriften, jede in deutscher und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

fende verbindingsorganen met toestemming van de bevoegde autoriteiten vastgesteld.

Artikel 11

De Duitse en de Nederlandse organen van de pensioen- en rentenverzekering, de werkloosheidsverzekering en betreffende de kinderbijslag zien wederzijds af van vergoeding van de in artikel 105, eerste lid van de Toepassingsverordening genoemde kosten van administratieve controle alsmede van geneeskundig onderzoek, observaties, reizen van artsen en van allerlei verificaties.

Artikel 12

De Duitse en de Nederlandse organen zien wederzijds af van vergoeding van uitkeringen, die een orgaan van de werkloosheidsverzekering van een der beide Verdragsluitende Partijen overeenkomstig artikel 70, eerste lid, juncto artikel 69 van de Verordening voor rekening van een orgaan van de andere Verdragsluitende Partij aan werklozen heeft verleend. Wanneer aanleiding bestaat tot het vermoeden, dat er een verschil in de wederzijdse uitgaven is ontstaan, zijn de bevoegde autoriteiten gemachtigd overeen te komen dat de kosten overeenkomstig de bepalingen van de Verordening worden afgerekend.

Titel IV

Slotbepalingen

Artikel 13

Dit Akkoord treedt tegelijkertijd in werking met het Verdrag. Artikel 9 treedt echter eerst in werking op het tijdstip van opneming in Bijlage 5 van de Toepassingsverordening. Het blijft van kracht zolang het Verdrag van kracht is.

Artikel 14

Op de dag van de inwerkingtreding van dit Akkoord treden buiten werking:

- het Eerste Technisch Akkoord van 18 juni 1954 bij het Verdrag tussen het Koninkrijk der Nederlanden en de Bondsrepubliek Duitsland inzake sociale verzekering, met uitzondering van de artikelen 17, 18, 19 en 21, die tot de inwerkingtreding van artikel 9 van dit Akkoord van kracht blijven;
- het Tweede Technisch Akkoord van 10 januari 1956 bij het Verdrag tussen het Koninkrijk der Nederlanden en de Bondsrepubliek Duitsland inzake sociale verzekering;
- de Overeenkomst tussen de Minister van Sociale Zaken en Volksgezondheid van het Koninkrijk der Nederlanden en de Bondsminister van Arbeid en Sociale Zaken van de Bondsrepubliek Duitsland van 27 mei 1964 inzake het afzien van vergoeding van kosten van administratieve en medische controle met betrekking tot de verzekering in geval van invaliditeit, ouderdom en vroegtijdige dood (rentenverzekeringen).

Gedaan te Berlijn op 18 april 2001 in tweevoud, elk in de Duitse en de Nederlandse taal, zijnde beide teksten gelijkelijk authentiek.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Voor de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland
G. Westdickenberg

Für die Regierung des Königreichs der Niederlande
Voor de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden
N. van Dam

Denkschrift

I. Allgemeines

Seit Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft werden die Systeme der sozialen Sicherheit für deutsche und niederländische Staatsangehörige durch europäisches Recht, nämlich die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 koordiniert. Das früher geschlossene bilaterale deutsch-niederländische Abkommen vom 29. März 1951 gilt aber noch weiter für Personen, die nicht unter diese Verordnung fallen, d.h. Nichterwerbstätige und Staatsangehörige von Staaten, die nicht Mitglied der EU bzw. des EWR sind.

Das neue Abkommen bringt auch für diese Personen die Vorschriften der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 zur Anwendung und führt damit zu einer Verwaltungsvereinfachung, indem für die unter die Verordnung fallenden wie auch für die nicht von ihr erfassten Personen grundsätzlich eine einheitliche Rechtsanwendung erfolgt. Hinsichtlich der Rechte und Pflichten einschließlich der Leistungsansprüche ergeben sich dadurch gegenüber dem bisherigen Abkommen keine wesentlichen Änderungen.

Darüber hinaus wird durch das Außerkrafttreten des bisherigen bilateralen Abkommens sichergestellt, dass für die unter die EWG-Verordnung fallenden Personen günstigere Vorschriften des bisherigen bilateralen Abkommens nicht kumulativ neben der EWG-Verordnung weitergelten; in Bezug auf diese Personen übernimmt das neue Abkommen Regelungen des bisherigen Abkommens, die bislang schon ergänzend zur EWG-Verordnung Anwendung fanden.

Die Durchführungsvereinbarung regelt Besonderheiten der Anwendung des Abkommens sowie der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 im deutsch-niederländischen Verhältnis. Die Vereinbarung sieht insbesondere Erstattungsverfahren vor, die von den europäischen Regelungen der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 abweichen.

II. Besonderer Teil

Artikel 1 des Abkommens verweist hinsichtlich der Begriffsbestimmungen und der Festlegung der Verbindungsstellen auf die Regelungen der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 und der Verordnung (EWG) Nr. 574/72.

Artikel 2 legt fest, dass der sachliche Geltungsbereich des Abkommens mit dem der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 übereinstimmt.

Artikel 3 nennt die Personen, für die das Abkommen gilt, nämlich zum einen die vom persönlichen Geltungsbereich der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 erfassten Personen (Bürger der EU bzw. des EWR und ihre Familienangehörigen) und zum anderen die Personen, die nicht vom persönlichen Geltungsbereich der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 erfasst werden (Drittstaatsangehörige).

Artikel 4 Abs. 1 legt fest, dass für Drittstaatsangehörige die Regelungen der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 nur im Verhältnis der beiden Vertragsstaaten zueinander Anwendung finden. Absatz 2 nimmt Drittstaatsangehörige von den Regelungen der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 über Familienleistungen aus. Außerdem wird für Waisenrenten der gesetzlichen Rentenversicherung bestimmt, dass sich deren Koordinierung nach den Vorschriften des Titels III Kapitel 3 der Verordnung richtet. Absatz 3 bestimmt, dass die Koordinierungsregelungen der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 bei der Berechnung einer niederländischen Altersrente nach dem AOW bei Drittstaatsangehörigen keine Anwendung finden.

Artikel 5 legt fest, dass bei Anwendung dieses Abkommens mit Ausnahme der Versicherungslastregelungen Abkommen der Vertragsstaaten mit anderen Staaten nicht berücksichtigt werden. Es findet also zum Beispiel keine multilaterale Zusammenrechnung von Versicherungszeiten statt.

Artikel 6 sieht vor, dass abweichend von Artikel 20 Satz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 nicht der zuständige Träger, sondern der Träger des Wohnorts die Genehmigung für eine Behandlung eines Familienangehörigen eines Grenzgängers im zuständigen Staat zu erteilen hat, wenn – wie in Artikel 2 und 3 der Durchführungsvereinbarung geschehen – ihm die Kosten hierfür vom zuständigen Träger auf der Grundlage eines Pauschbetrages erstattet werden.

Artikel 7 ermächtigt die zuständigen Behörden zu vereinbaren, dass außer den Familienangehörigen eines Grenzgängers, die in einem Vertragsstaat wohnen, auch andere Gruppen von Versicherten in gleicher Weise wie Grenzgänger Sachleistungen der Krankenversicherung auch bei Aufenthalt im anderen Vertragsstaat erhalten können.

Artikel 8 räumt den Angehörigen der beiden Vertragsstaaten auch bei Wohnsitz außerhalb des Geltungsbereichs der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 einen Anspruch auf Gleichbehandlung ein.

Artikel 9 enthält Versicherungslastregelungen für niederländische Versicherte, die während der Zeit des 2. Weltkrieges in Deutschland beschäftigt waren. Die Vorschrift entspricht inhaltlich der bisher in Artikel 2 der Vierten Zusatzvereinbarung vom 21. Dezember 1956 enthaltenen Regelung.

Artikel 10 enthält Sonderregelungen für Drittstaatsangehörige bezüglich der niederländischen Alters-, Hinterbliebenen- und Arbeitsunfähigkeitsversicherung.

Artikel 11 regelt den Abschluss von Durchführungsvereinbarungen und die Errichtung von Verbindungsstellen.

Die Artikel 12 und 13 enthalten die üblichen Übergangs- und Schlussbestimmungen.

Nach Artikel 14 treten die bisherigen Übereinkünfte auf dem Gebiet der Sozialen Sicherheit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande außer Kraft.

Artikel 1 der Durchführungsvereinbarung verweist hinsichtlich der Begriffsbestimmungen auf die Regelungen der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 bzw. der Verordnung (EWG) Nr. 574/72.

Artikel 2 legt fest, dass der niederländische Träger Sachleistungen, die für in Deutschland wohnende Grenzgänger und ihre Familienangehörigen von den deutschen

Trägern der Kranken- und Unfallversicherung erbracht worden sind, auf der Grundlage eines Pauschbetrages erstattet.

Artikel 3 regelt, dass der deutsche Träger Sachleistungen der Krankenversicherung, die für bestimmte in den Niederlanden wohnende Versicherte von den niederländischen Trägern erbracht worden sind (u.a. Grenzgänger, Familienangehörige von Rentnern und Arbeitslosen), auf der Grundlage eines Pauschbetrages erstattet.

Artikel 4 legt fest, dass Sachleistungen, die für Grenzgänger und ihre Familienangehörigen im Gebiet des zuständigen Staates erbracht worden sind, vom Träger des Wohnstaates in Höhe des tatsächlichen Betrages erstattet werden.

Artikel 5 bestimmt, dass alle außerhalb des Wohnstaates erbrachten Sachleistungen für Personen, für die der zuständige Träger nach Artikel 2 und 3 der Vereinbarung Pauschalzahlungen an den Träger des Wohnortes gezahlt hat, zu Lasten des letzteren gehen.

Artikel 6 bestimmt, dass der niederländische Träger abweichend von der diesbezüglichen Regelung der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 die Sachleistungen für in Deutschland wohnende Familienangehörige von in den Niederlanden versicherten Arbeitnehmern und Selbständigen statt auf der Grundlage eines Pauschbetrages in Höhe der tatsächlich entstandenen Kosten erstattet.

Nach Artikel 7 erstattet umgekehrt der deutsche Träger die Sachleistungen für in den Niederlanden wohnende Familienangehörige von in Deutschland versicherten Arbeitnehmern und Selbständigen auf der Grundlage eines Pauschbetrages. Dieser bestimmt sich aber abweichend von der Regelung in der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 nicht nach den Jahresdurchschnittskosten je Familie, sondern je Person.

Artikel 8 legt fest, dass für in den Niederlanden wohnende Rentner und ihre Familienangehörigen, für die ein deutscher Träger zuständig ist, getrennte Pauschbeträge für Personen unter 65 Jahren und ältere Personen ermittelt werden.

Artikel 9 bestimmt, dass Leistungen der Renten- und Unfallversicherung den im anderen Vertragsstaat wohnenden Rentenbeziehern nicht direkt, sondern indirekt über die Verbindungsstellen ohne Abzug von Verwaltungs- und Überweisungskosten gezahlt werden.

Artikel 10 ermächtigt die betroffenen Verbindungsstellen, mit Genehmigung der zuständigen Behörden zusätzliche Verwaltungsmaßnahmen zur Durchführung dieser Vereinbarung zu vereinbaren.

Artikel 11 enthält einen gegenseitigen Verzicht auf Erstattung der Kosten der verwaltungsmäßigen Kontrolle sowie der ärztlichen Untersuchungen, Beobachtungen, Fahrten und Prüfungen aller Art.

Artikel 12 enthält einen gegenseitigen Verzicht auf Erstattung der Leistungen, die ein Träger der Arbeitslosenversicherung für den zuständigen Träger nach Artikel 69 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 erbracht hat.

Artikel 13 legt fest, dass die Vereinbarung gleichzeitig mit dem Abkommen in Kraft tritt.

Artikel 14 benennt die früheren Vereinbarungen, die durch die neue Vereinbarung abgelöst werden.

Bundesrat Drucksache **632/01** (Beschluss)

27.09.01

Stellungnahme
des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 18. April 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über Soziale Sicherheit

Der Bundesrat hat in seiner 767. Sitzung am 27. September 2001 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf k e i n e Einwendungen zu erheben.

Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn
Telefon: 0228/3820840, Telefax: 0228/3820844
ISSN 0720-2946